Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) - 07. November 2022*

Unterausschuss des EU-Parlaments für Steuerfragen (FISC) diskutiert mit Experten Steuerpolitik der EU-Mitgliedsstaaten als Reaktion auf die steigenden Energiepreise

Am 27. Oktober lud der Unterausschuss für Steuerfragen (FISC) des EU-Parlaments zwei Experten der OECD und des IFO-Instituts ein, um die Steuerpolitik der EU-Mitgliedstaaten als Reaktion auf die steigenden Energiepreise und die Inflation zu diskutieren. Die Diskussion drehte sich um die Frage, wie Besteuerung zur Linderung der aktuellen Krise beitragen kann. Nach Untersuchungen der OECD ist ein Drittel aller staatlichen Maßnahmen steuerlich bedingt. Sie warnte jedoch davor, dass die derzeitigen Maßnahmen vor allem der Industrie für fossile Brennstoffe zugutekämen. Für ein besseres Krisenmanagement und zur Stärkung der Kaufkraft der Haushalte sollten sich die Regierungen auf gezielte Einkommensbeihilfen und erneuerbare Energien konzentrieren. Vertreter des IFO-Instituts warnten, dass Preisobergrenzen und Subventionen nicht dazu beitragen würden, die Nachfrage zu senken, was angesichts des mangelnden Energieangebots entscheidend sei.

Initiativbericht zu den Lehren aus den Pandora Papers im EU-Parlament veröffentlicht

Der dänische MdEP Niels Fuglsang stellte seinen Initiativbericht vor, der sich auf fünf Prioritäten konzentriert: - Alle EU-Mitgliedstaaten sollten die Whistleblower-Richtlinie (ab 2019) umsetzen, politisch exponierte Personen müssen alle ihre Aktivitäten und Vermögenswerte offenlegen, es sollten Pausen für Beamte eingeführt werden, die für Steuerbehörden arbeiten und in der Privatwirtschaft tätig werden wollen, die Transparenz von Informationen über wirtschaftliches Eigentum sollte von Regierungen garantiert werden, eine Vermögenssteuer sollte auf bestimmte Vermögenswerte und deren Koordinierung innerhalb der EU eingeführt werden. Der Bericht wurde von allen Fraktionen im Ausschuss weitgehend begrüßt. Änderungsanträge können noch bis zum 22. November eingereicht werden, eine Abstimmung im Ausschuss ist für den 31. Januar 2023 vorgesehen.

Mehrere EU-Mitgliedsstaaten wollen die neue europäische Anti-Geldwäsche-Behörde (AMLA) beheimaten

In der Endphase der französischen Ratspräsidentschaft hat der EU-Rat im Juni ein Teilverhandlungsmandat zur Verordnung über die neue Anti-Geldwäsche-Behörde (AMLA) angenommen. Der einzige Punkt, den der Kompromisstext offenließ, war der

Sitz der neuen Behörde. Berichten zufolge haben Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg und Spanien ihre Bereitschaft signalisiert die AMLA in Zukunft zu beheimaten. Im Juli entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Zuständigkeit für die Festlegung des Sitzes von EU-Agenturen beim EU-Gesetzgeber und somit nicht allein beim Rat liegt. Somit wird das EU-Parlament an der Entscheidung über den Sitz der AMLA beteiligt sein.

EU-Kommission nimmt Bericht über Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und damit einhergehenden Risiken für den EU-Binnenmarkt (SNRA) an

Am 28. Oktober hat die EU- Kommission einen neuen Bericht über die Bewertung des Risikos von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (ML/TF) für den EU-Binnenmarkt angenommen. In dem Bericht werden nicht nur die aktuellen Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsrisiken analysiert und umfassende Maßnahmen zu ihrer Bewältigung vorgeschlagen, sondern auch die Umsetzung der Empfehlungen aus den vorangegangenen Berichten aus den Jahren 2017 und 2019 bewertet. Was den Nicht-Finanzsektor betrifft, so konzentriert sich der SNRA-Bericht auf die wichtigsten Schwachstellen im Zusammenhang mit der Verschleierung des wirtschaftlichen Eigentums. In Bezug auf sogenannte "Dienstleister", einschließlich Steuerberatern, wird gewarnt, dass diese ihr Fachwissen über die Schaffung und Verwaltung von Strukturen ausnutzen können.

Nächster europäischer Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN-Rat) am 8. November

Die nächste Tagung des ECOFIN-Rates wird am 8. November stattfinden. Als regulärer Tagesordnungspunkt werden die Minister einen Austausch über die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine führen. Im Steuerbereich wird es eine Diskussion und möglicherweise eine Einigung über Teile der "Eurovignetten-Richtlinie“ bezüglich der Besteuerung von schweren Nutzfahrzeugen für die Nutzung der Straßeninfrastruktur geben. Eine Diskussion über den Vorschlag für die Durchführungsrichtlinie zur globalen Mindestbesteuerung von 15 % für große multinationale Unternehmen (Säule II) des globalen OECD-Steuerabkommens ist erneut nicht vorgesehen.

Haftungsausschluss

Dieser Newsletter enthält Informationen über die europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)